klasse und aller Werktätigen und im Interesse des Kampfes gegen den Faschismus aufstellen, erfüllen, ist die KPD. bereit, für ein unter Ausschluß der Nationalsozialisten und Deutschnationalen gebildetes Landtagspräsidium aus Vertretern der SPD. und des Zentrums zu stimmen und auf die Aufstellung eigener Kandidaten zu verzichten. Von der SPD. und dem Zentrum hängt es ab, durch die Annahme der beiden Forderungen der KPD. die Wahl eines Landtagspräsidiums ohne Nazis und ohne Deutschnationale zu ermöglichen.

Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Burgfrieden" zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen weil sie um ihre Mandate zittern.

Die Kommunisten denken nicht daran, ihren Kampf gegen die SPD. und das Zentrum, ihren Kampf gegen die Braun-Severing-Regierung auch nur im mindesten abzuschwächen.

Die Kommunisten werden immer von neuem den proletarischen Massen und allen Werktätigen die Rolle der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Preußenregierung Braun-Severing-Hirtsiefer aufzeigen, die durch ihre Notverordnungen und ihre ganze praktische Politik den Kurs der faschistischen Papenregierung unterstützen.

Es gibt für die Kommunisten keinen „Burgfrieden" mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse!

Wenn die Kommunisten trotzdem bei Erfüllung ihrer beiden minimalen Forderungen, die im Interesse der gesamten Arbeiterklasse liegen, bereit sind, auf die Aufstellung eigener Kandidaten bei der Wahl des Landtagspräsidiums zu verzichten, so geschieht dies im Interesse des einheitlichen und geschlossenen Massenkampfes der sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen, der unorganisierten, der Reichsbanner- und christlichen Arbeiter, Schulter an Schulter mit den Kommunisten gegen die Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland.

Wir rufen die Arbeiter aller Richtungen ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit auf, in Betrieben und Stempelstellen ihre Stimme für die antifaschistischen Forderungen der Kommunisten zu erheben.

Nur die Massen selber können im außerparlamentarischen Kampf, in den Massenaktionen und Streiks diese Forderungen erkämpfen!

Organisiert den politischen Massenstreik gegen die Regierung der Aufrichtung der offenen faschistischen Diktatur, gegen die Träger der monarchistischen Pläne, gegen die Papenregierung der Industriekapitäne, Junker und Generale!

Organisiert den roten Massenselbstschutz gegen den faschistischen Mordterror!

Schließt die proletarische Einheitsfront zum Kampf!

Sammelt euch in der roten Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion!

Kämpft mit uns für eure Forderungen!

Für die Kommunisten — gegen den Faschismus!

Berlin, den 20. Juni 1932.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands.

Papen finanziert schwerreiche Stahlbarone

35 Millionen für den Trustherrn Flick

Im selben Augenblick, wo ein amtlich verordneter, barbarischer Unterstützungs-, Lohn- und Gehaltsabbau die Massen der Volksarmut aufs schwerste trifft, unternehmen die Autoren der Notverordnung eine Millionensubvention für einen der reichsten Männer Deutschlands. Es handelt sich um Herrn Friedrich Flick, den Generaldirektor der Gelsenkirchener Bergwerks-AG., der in den letzten Jahren in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie sich eine beherrschende Stellung erobert hat. Da er in Schwierigkeiten geraten ist und seine Aktien gesunken sind, hat die Reichsregierung die Dresdner Bank beauftragt, für 20 Millionen Aktien der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. zu kaufen, um so Flick in die Lage zu versetzen, seine Schulden zu bezahlen. Gleichzeitig wird mit dem preußischen Staat über den Verkauf von weiteren 15 Millionen Mark Aktien verhandelt.

Ihr fragt, wer eure Schulden beim Hauswirt und beim Krämer bezahlt? Danach fragen aber die Herren v. Papen, von Schleicher und v. Gayl nicht. Ihr fragt, wo die Milliarden bleiben, die man euch durch Lohn-, Gehalts- und Unterstützungsabbau nimmt? In die Taschen der Stahlbarone, Junker und Pfeffersäcke fließt das euch abgezogene Geld. Das ist die vom Reichskanzler Papen anläßlich seiner Rede vor dem Landwirtschaftsrat verherrlichte „gottgewollte Ordnung": man nimmt den Armen, um es den Reichen zu geben.

„Gottgewollt", wenn die 42 Vorstandsmitglieder der IG.-Farben pro Kopf 145 000 Mark Gehalt beziehen.

„Gottgewollt", wenn die 24 Aufsichtsratsmitglieder der Discontobank pro Kopf 120 000 Mark erhalten.

Der Wille des werktätigen Volkes in Deutschland ist das nicht. Es will, daß eine Regierung verschwindet, die den Armen alles nimmt, um die Reichen noch reicher zu machen. Fort mit der Papenregierung, die euch enteignet und die Reichen mit Millionensubventionen füttert!

Das Wahlergebnis in Hessen

Lehre für uns: Antifaschistische Aktion zur vollen Entfaltung bringen!

Darmstadt, 20. Juni. Der gestrige Wahltag in Hessen ist ohne ernsthafte Zusammenstöße verlaufen. Die Wahlbeteiligung war bedeutend schwächer als bei den letzten Landtags- und vor allem bei den Präsidentenwahlen. Das vorliegende amtliche Ergebnis zeigt folgendes Resultat:

		Landtagswahl am 15. 11. 31	Reichstagswahl am 14. 9. 30	Mand.	bisH.
Nationalsozialisten	328 313	(291 183)	(137 881)	32	(27)
Sozialdemokraten	172 545	(168 101)	(215 746)	17	(15)
Zentrum	108 603	(112 444)	(104 245)	10	(10)
Kommunisten	82 111	(106 790)	(84 613)	7	(10)
Nat. Einheitsliste	25 175	(68 208)	(187 112)	2	(5)
Soz. Arbeiterpartei	11 697	(23 108)	(—)	1	(2)
Deutschnationale	11 267	(10 857)	(11 902)	1	(1)
Hessische Demokraten	4 925	(4 613)	(—)	0	(0)

Bei den Präsidentenwahlen hatte die KPD. im ersten Wahlgang 104 862, im zweiten Wahlgang 70 384 Stimmen. Gegenüber dem zweiten Wahlgang ist also eine Zunahme von 12 000 Stimmen zu verzeichnen. Die Nazis haben gegenüber dem zweiten Präsidentenwahlgang 14 000 Stimmen gewonnen.

Das Ergebnis der hessischen Wahl zeigt, daß die Nazis nicht über die Reihen des Bürgertums vorgedrungen sind. Der Stimmenverlust der bürgerlichen Parteien ist weitaus größer als der Stimmengewinn der Nazis. Aber der Stimmengewinn der Nazis beweist, daß die chauvinistische Welle noch nicht zum Stillstand gekommen ist, wenn auch der prozentuale Stimmengewinn der Nazis wesentlich hinter dem Gewinn bei den letzten Wahlen dieses Jahres zurückbleibt.

Die absolute Mehrheit haben die Nazis in Hessen nicht erreicht, das Stimmenverhältnis innerhalb des Parlaments ist ungefähr dasselbe geblieben. Eine parlamentarische Regierung ist nur zwischen Nazis und Zentrum möglich. Bis nach den Reichstagswahlen wird also wohl die geschäftsführende Regierung aus Zentrum und SPD. weiter im Amt bleiben.

Die Kommunistische Partei hat gegenüber den letzten Landtagswahlen 24 000 Stimmen verloren. Als die hessischen Arbeiter im November zum Landtag wählten, da hatten die Bourgeoisie und die Sozialdemokratie ihre großen Verwirrungsmanöver mit der „Eisernen Front" usw. noch nicht durchgeführt. Das jetzige Wahlergebnis zeigt, daß wir es noch nicht in genügendem Maße verstanden, diese Verwirrungsmanöver durch praktische Antifaschistische Einheitsfrontaktionen zu durchkreuzen. Die Illusionen breiter Arbeiterschichten, daß die SPD. gegen den Faschismus kämpfe, wurde noch nicht genügend durch die Tat widerlegt.

Im Gegenteil erhielten diese Illusionen neue Nahrung durch die Scheinopposition der SPD. gegen die Papenregierung, obwohl die SPD. durch die Wahl Hindenburgs dieser Regierung in den Sattel geholfen hat. Gerade im Hinblick auf die sich zuspitzenden außerparlamentarischen Kämpfe muß diese Tatsache noch viel stärker wie bisher ins Bewußtsein der Massen dringen. In den täglichen antifaschistischen Kämpfen müssen die Massen erkennen, daß die Kommunistische Partei die einzige antifaschistische Partei ist.

Auch unser ideologischer Kampf unter den Schichten, die die Massenbasis der Nationalsozialisten bilden, vor allem bei den Angestellten, Beamten, Mittelständlern und Bauern, war ungenügend und hat nicht ausgereicht, um größere Schichten dieser klassenmäßigen Verbündeten der Arbeiter von der Hakenkreuzpartei des Finanzkapitals loszureißen.

Die schwache Wahlbeteiligung trat vor allem in den Arbeitervierteln zutage. Große Arbeitermassen verkennen also noch die Bedeutung der Stimmabgabe für die Kommunistische Partei, diese Arbeiter wollen in revolutionärer Ungeduld nichts mehr vom Stimmzettel wissen.

Die Antifaschistische Aktion, die bereits erste schöne Anfangserfolge in Hessen zeigt, ist also noch nicht in die Tiefe der Massen gedrungen. Darum können die hessischen Wahlen auch kein Gradmesser für die kommenden Reichstagswahlen sein. Die Antifaschistische Aktion, die erst wenige Tage vor den Hessenwahlen einsetzte, wird sich in den nächsten Tagen und Wochen stärker entfalten. Grade weil wir am Wahlergebnis von Hessen die schwachen Stellen unserer Front klar erkennen, können wir um so kühner und mutiger unseren Angriff fortsetzen und den Kampf für die Sammlung aller antifaschistischen Arbeiter und Werktätigen in der Antifaschistischen Aktion führen.

Zum Schutze der Hungernotverordnungen

Systembanden am Werk

Blutige Naziprovokationen im Reich — SA.-Ueberfall auf Kölner Polizei — Energische Abwehr der braunen Mordpest durch Arbeiter

Köln, 20. Juni. Am Sonnabend und Sonntag kam es zu unverschämten Naziprovokationen gegen die Arbeiter. In den Arbeitervierteln zog die SA. mit der deutlichen Absicht der Provokation durch die Straßen. Das Zentrumsblatt „Kölnische Volkszeitung" berichtet darüber, daß diese Naziprovokation „von der Bevölkerung nicht unwidersprochen hingenommen wurde, so daß die wütende Menge schließlich die Nationalsozialisten in ihr Lokal zurücktrieb und dort die Fensterscheiben zertrümmerte. Dabei kam es auch zu wiederholtem Kugelwechsel".

Ueber die Vorgänge am Sonntag berichtet dasselbe Blatt: „In der Mittelstraße passierte ein Ueberfallwagen der Polizei das „Braune Haus". Den Beamten wurden wüste Schmähreden wie „Bluthunde, Severing- und Bau-Knechte" zugerufen, so daß der Wagenführer absitzen ließ. Im gleichen Augenblick prasselten aus den drei Stockwerken des vollbesetzten Hauses Blumentöpfe, Garderobenständer, Stühle und Tische auf die Beamten herab, von denen einer am Kopfe schwer verletzt wurde. Schließlich fielen noch Schüsse aus dem Braunen Haus, so daß die Beamten gezwungen waren, das Haus unter Feuer zu halten. Das Braune Haus wurde von der Polizei besetzt."

Am Nachmittag versuchten SA.-Banden die kommunistische Verlagsbuchhandlung zu stürmen, wurden aber daran von der Polizei gehindert. Verschiedene Zentrumsorganisationen von Köln haben bei Hindenburg und der Reichsregierung erneut das sofortige Verbot der SA. gefordert.

Essen, 20. Juni. Auch in der Nacht vom Sonnabend und Sonntag und am Sonntag selbst setzten sich die schweren Zusammenstöße zwischen provozierenden SA.-Banden und Arbeitern im Ruhrgebiet fort. In Dortmund überfiel die SA. einige Reichsbannerleute, die aber die Hitlerschen Mordbanden in die Flucht schlugen. Hunderte von Arbeitern sammelten sich vor der SA.-Kaserne, ein Razirollkommando ging mit scharfen Schüssen gegen die Arbeiter vor.

In Remscheid schossen die Nazis auf Reichsbannerarbeiter, denen Kameraden vom Kampfbund gegen den Faschismus zu Hilfe eilten. Auch hierbei wurden scharfe Schüsse gewechselt.

Aachen, 20. Juni. Auf dem Weg zwischen Merkstein und Baswei ler überfielen Nazis einige heimgehende Arbeiter, die sich energisch zur Wehr setzten. Ein Nazimann wurde durch einen Bauchschuß tödlich verletzt, auch ein Arbeiter erlitt schwere Verwundungen.

Zusammenstöße in München

Warum die Brüning-Held nicht offen für Hitler sind

München, 20. Juni. (Eig. Ber.) Aus ganz Oberbayern hatte die SA.-Führung im Münchener Braunen Haus die SA.-Leute zusammengezogen, wo bekanntlich, wie in ganz Bayern, Uniformverbot besteht. Die Nazis wollten vor der Wohnung des Ministerpräsidenten Held demonstrieren und versuchten immer wieder Züge zu bilden. Es ist bemerkenswert, daß die Polizei mit ganz betonter Rücksicht die Nazis behandelte, obwohl mehrmals, wie selbst der amtliche Polizeibericht zugibt, von den Nazis Schüsse gegen die Polizei abgegeben wurden, die aber nicht erwidert wurden. Unter den 470 zwangsgestellten Nazis befinden sich eine Reihe von Fürsten und Grafen, wie Prinz Waldeck, Graf Spretti, Graf Schwerin usw.

*

Ein parteiamtlicher Bericht über die gestrige Landesausschußsitzung der Bayrischen Volkspartei, der bayrischen Filiale des Zentrums, zeigt am besten die Ursachen der Opposition der bayrischen Regierung gegen die Nazis. Es handelt sich dabei nicht etwa, wie der „Vorwärts" betrügerischer Weise seinen Lesern beibringen will, um einen Kampf des Fortschritts gegen die Reaktion, sondern im Gegenteil um ein Vorgehen, das im Namen der kapitalistischen Klassenherrschaft erfolgt.

Ausdrücklich erklärt die Bayrische Volkspartei, daß dem Nationalsozialismus, weil er „keine vom Christengeist erfaßte Bewegung ist, auch die innerliche Kraft zu einem aussichtsreichen Kampf gegen den Bolschewismus fehlt. Moskau ist heute zum Symbol des Antichristentums geworden. Es gilt, das deutsche Vaterland vor der Gefahr einer Revolution zu schützen, die nationalsozialistisch beginnen und bolschewistisch enden würde."

Bayerische Volkspartei bzw. Zentrum auf der einen und die Hakenkreuzler auf der anderen Seite haben also ein und denselben Feind: die Kommunisten. Die Konkurrenz geht nur darum, wer besser gegen uns kämpft. Die Brüning-Held sind keine prinzipiellen Gegner Hitlers; sie befürchten nur, von Hitlers Regiment eine solche Steigerung der Antifaschistischen Aktion, daß ihr Resultat der Sieg der proletarischen Revolution wäre. Diese zu verhindern, ist das ausgesprochene Generalziel der Bayerischen Regierung wie der Helden des „Dritten Reiches".

Knechte der Reichen!

Nazis lehnen KPD.-Antrag auf Wegsteuerung aller Einkommen über 12 000 Mark ab

Mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialdemokraten nahm der Hauptausschuß des Preußischen Landtages gestern abend einen kommunistischen Antrag an, der das preußische Staatsministerium ersucht, alle Einkommen, soweit sie 12 000 Mark im Jahr übersteigen, restlos wegzusteuern. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen, während Nazis und Zentrum sich der Stimme enthielten.

Dieselben Nazis, die demagogischerweise im Stuttgarter Stadtparlament diesem Antrag zustimmten, weigern sich im Preußen-Landtag, den Antrag anzunehmen, um ihre Geldgeber nicht vor den Kopf zu stoßen. Der Goebbelsfraktion sind 12 000 Mark Jahreseinkommen wohl noch zu wenig.

Wiederum haben fünf Berliner SAP.-Arbeiter, darunter wichtige Funktionäre, ihren Uebertritt zur Kommunistischen Partei erklärt. Unter ihnen befindet sich der bisherige Vorsitzende der SAP. Prenzlauer Berg, Ernst Barbknecht, und das SAP.-Mitglied Max Kuserka, der 29 Jahre Mitglied der SPD. war. Außerdem sind übergetreten die Genossin Grete Gröm, Schriftführerin der SAP. Prenzlauer Berg, der Genosse S. Flesch, Revisor der SAP. Prenzlauer Berg und der SAP.-Genosse Ph. Voll.